

DIE LINKE. Berlin  
8. Landesparteitag, außerordentliche Tagung  
19. Oktober 2021

## **Antrag A1**

**Antragssteller\*in:** Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

### **1 Weiter an der sozialen und ökologischen Stadt arbeiten - Aufnahme von 2 Koalitionsgesprächen mit SPD und Grünen in Berlin**

3  
4 DIE LINKE. Berlin tritt in Koalitionsverhandlungen mit der SPD Berlin und Bündnis 90/Die Grünen  
5 Berlin ein. Die vom Landesvorstand eingesetzte Verhandlungsdelegation berichtet den Delegierten  
6 und Mitgliedern regelmäßig über den Fortgang der Gespräche.

7 Die ausführlichen Sondierungsgespräche mit den bisherigen Koalitionspartnern haben einen  
8 ausreichend breiten Fundus an Gemeinsamkeiten für ein fünfjähriges Regierungsprogramm ergeben.  
9 Es soll dabei jedem Koalitionspartner möglich sein, das eigene Profil zu schärfen und mit den Partnern  
10 auf Augenhöhe zu agieren.

11 Eine mögliche neue Koalition muss die Gesamtstadt im Blick haben. Sie muss dafür Sorge tragen,  
12 dass sie sich nicht aus der Krise spart, sondern sich finanzielle Handlungsfähigkeit und damit  
13 politische Gestaltungsfähigkeit über die gesamte Wahlperiode sichert. Die Koalition muss die  
14 Verbindung von sozialem Zusammenhalt, einem Zu Hause für alle, funktionierender Verwaltung,  
15 kultureller Vielfalt und klimagerechtem Umbau organisieren

16  
17 ***Folgende Vorhaben sind für uns dabei von besonderer Bedeutung:***

- 18
- 19 • Die Fortsetzung der Investitionsoffensive in die öffentliche Infrastruktur, die  
20 Gesundheitsversorgung, den Schulbau, die Verkehrswende, die Klimaneutralität und die sozio-  
21 kulturelle Infrastruktur.
  - 22 • Der konkrete Arbeitsauftrag für die Expert\*innenkommission, die den Weg zur Umsetzung des  
23 Volksentscheids „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ beschreiben soll. Dazu gehört nicht  
24 nur die rechtliche Absicherung des Gesetzesvorhabens, sondern auch Schritte der  
25 praktischen Überführung und Bewirtschaftung vergesellschafteter Wohnungen. Unsere  
26 Anforderung ist, dass am Ende Eckpunkte für ein Vergesellschaftungsgesetz vorliegen, aus  
27 denen dann ein solches erarbeitet wird.
  - 28 • Wir brauchen sozial und klimaverträglichen Neubau bezahlbaren Wohnraums und wollen alle  
29 landespolitischen Spielräume zur Stabilisierung und Senkung der weiter steigenden Mieten im  
30 Wohn- und Gewerbebereich nutzen. Da von der designierten neuen Bundesregierung dabei  
31 keine Unterstützung zu erwarten ist, brauchen wir weitere Maßnahmen, um das zu erreichen.  
32 Dazu gehören weiterer Ankauf von Wohnungsbeständen durch die landeseigenen  
33 Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, die weitere Deckelung der Mieten der LWU,  
34 der Ankauf weiterer Grundstücke für den Bau von bezahlbarem Wohnraum und die  
35 Bereitstellung von Gewerberaum und Gewerbeansiedlungen. Neubauvorhaben sollen wo nötig  
36 und sinnvoll mit der Bereitstellung von soziokultureller Infrastruktur und von (Klein-)gewerbe  
37 verbunden werden.
  - 38 • Überwindung der Wohnungslosigkeit bis 2030 auf Grundlage des Masterplans  
39 Wohnungslosigkeit. Dazu gehört die finanzielle Absicherung der in den vergangenen fünf  
40 Jahren aufgestellten Modellprojekte und eine gesamtstädtische Steuerung der  
41 Wohnungslosenhilfe.

- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- 67
- 68
- 69
- 70
- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- 79
- 80
- Gute Arbeit ist ein Leitmotiv. Deshalb wollen wir die Wirtschaftsförderung an gute Arbeit und Klimaverträglichkeit binden, die aktive Arbeitsmarktpolitik zu einem Instrument der sozialen Transformationsbegleitung ausbauen und eine Ausbildungsplatzgarantie für alle Jugendlichen, die das möchten.
  - Eine Verwaltungsreform, die zügig sinnlose Doppelstrukturen abschafft, eine besser funktionierende Verwaltung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger schafft und eine höhere Resilienz für Krisensituationen wie die Corona-Pandemie schafft. Dazu gehört die Digitalisierung von Verwaltung und der Kommunikation zwischen Bürger\*innen und Staat.
  - Die Neustart-Initiative im Kulturbereich und ein Bekenntnis zur Stärkung des Kulturangebots für alle in der Gesamtstadt und zu Mindeststandards, Diversitätsentwicklung, Digitalisierung und der Sicherung von Arbeitsräumen.
  - Die Absicherung der Investitionskosten der landeseigenen Krankenhäuser, um Lohndumping und Outsourcing endgültig ein Ende zu bereiten und gute Arbeit für alle Beschäftigten und eine gute Versorgung aller Patient\*innen zu garantieren.
  - Eine Ausbildungs-offensive für Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher und weiteres sozialpädagogisches und sozialarbeiterisches Personal und den Ausbau der Wissenschaftsstadt Berlin sowie die Sicherstellung von guter Arbeit und auskömmlicher Finanzierung auch im Hochschulbereich.
  - Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs unter besonderer Berücksichtigung der Stadtteile außerhalb des S-Bahn-Rings und der Weiterbau von Radwegen und sicheren Fußverkehrswegen. Wir brauchen schnell konkrete Verhandlungen mit dem Bund zur Kommunalisierung der S-Bahn. Eine Zerschlagung und Teilprivatisierung der S-Bahn lehnen wir weiterhin entschieden ab.
  - Kein Weiterbau der A100 über den 16. Bauabschnitt hinaus in der neuen Legislatur.
  - Die Sicherung der Kleingärten und ausreichender Freiräume in den Kiezen sowie des Tempelhofer Feldes.
  - Die Fortentwicklung einer bürgerrechtsfördernden Innenpolitik, die nicht nur auf Repression, sondern auf aufgeklärte Polizeiarbeit setzt, die Sicherheit vor Kriminalität, Ausbeutung, Wohnungsverlust und Sozialabstieg als gesellschaftlichen Auftrag begreift sowie die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Rechten Terror in Neukölln.
  - Der Ausbau der Willkommenskultur der Stadt: Berlin soll als Solidarity City weiter profiliert werden und Diskriminierungsstrukturen gegenüber BPOC, Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslimen, Rom\*nija und Sint\*izza, Menschen mit Behinderungen, LSBTIQ, Alten und Frauen weiter abgebaut werden. Dazu gehört auch Die Umsetzung des neuen Partizipations- und Migrationsgesetzes in tägliches Verwaltungs- und politisches Handeln sowie einen Paradigmenwechsel im Umgang mit Abschiebungen und Ausweisungen.
  - Der vollständige Schutz des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas während der Umsetzung des Bauvorhabens zur neuen City-S-Bahn S21 einschließlich des vollständigen Schutzes des umliegenden Baum- und Gebüschbestands.